

Musafa (rechts) und sein Freund laufen über verschneite Felder am Rande der Stadt Bihać. Im Hintergrund ist die Ruine zu sehen, in der sie mit Anderen Schutz suchen. Um das Stadtzentrum zu erreichen, muss man mindestens fünfundvierzig Minuten laufen.

Foto: Sitara Thalia Ambrosio, 21. Januar 2022





„Pažnja“ (dt.: „Achtung“) steht auf einem Schild, das nur 400 Meter vom offiziellen Lager Lipa entfernt steht. Das Gebiet, in dem die Geflüchteten vom Staat untergebracht werden, ist weit entfernt von jeglicher Zivilisation und mit Landminen aus dem Bosnienkrieg verseucht. Während des Krieges (1992-1995) wurden Millionen von Minen verlegt und eine Menge Munition zurückgelassen. Aus diesem Grund ist Bosnien-Herzegowina derzeit eines der am stärksten von Minen verseuchten Länder der Welt.

Foto: Sitara Thalia Ambrosio, 14. Januar 2022



*Ein Mann sitzt auf der Treppe der "Don Penzionera", nachdem er von einem Versuch, die Grenze zu Fuß zu überqueren, zurückgekehrt ist. Sein Arm ist eingegipst und er wartet darauf, von den Ärzten zu erfahren, ob er eine Fraktur erlitten hat. Die medizinische Versorgung der Geflüchteten in den heruntergekommenen Unterkünften ist sehr schlecht. Den meisten freiwilligen Helfer*innen und Unterstützer*innenn ist es per Gesetz untersagt, bei medizinischen Problemen zu helfen. Die Verletzungen reichen von Spuren brutaler Schläge durch die Grenzpolizei bis hin zu infizierter Krätze.*

Foto: Sitara Thalia Ambrosio, 26. Februar 2021

*Geflüchtete werden von Helfer*innen der NGO Lighthouse Relief zu einem Bus gebracht, der sie dann in das Lager „Moria“ transportiert. Zuvor hatten sie die Meerenge zwischen der Türkei und der Ägäisinsel mit einem Schlauchboot überquert. Heute sind die Freiwilligen nicht mehr vor Ort. NGO Arbeit wird stark kriminalisiert und stattdessen berichten Geflüchtete immer wieder von gewaltsamen Rückführungen.*

Foto: Michael Trammer, 15. Februar 2020



ΚΕΝΤΡΟ
ΥΨΟΣΜΑΤΟΣ





*Nachdem ein Boot mit Geflüchteten stundenlang mit Motorschaden in der Meerenge zwischen Lesbos und der Türkei getrieben ist, drückt der Wind die Gruppe langsam in Richtung Küste. Die Küstenwache hatte stundenlang auf einen von der NGO veröffentlichten Hilferuf der Insass*innen nicht reagiert. An Land sammelt sich in der Zeit ein rassistischer Mob.*

Foto: Michael Trammer, 1. März 2020



Mehr als hundert Personen haben sich zusammengefunden und beschimpfen die Geflüchteten. Sie hindern sie an Land zu gehen. Die Polizei greift nicht ein. Es ist die Grundstimmung in der Ägäis, die Zurückweisungen einfordert. In den Monaten nach den Vorkomnissen tauchen die maskierten Männer auf.

Foto: Michael Trammer, 1. März.2020



Nahe der Küste von Lesbos liegen die Überreste einer Bootsankunft. Medikamente und Dokumente sind über den Boden verteilt. Drei Wochen sind vergangen seit die NGO Aegean Boat Report von einer illegalen Zurückweisung berichtete. Die Beweismittel liegen immer noch am Tatort.

Foto: Michael Trammer, 1. März 2023



Freilassing im Jahr 2015. Zehntausende Menschen betreten Deutschland über die kleine Metropole im Voralpenland. Heute sieht die Situation vor Ort ganz anders aus.

Foto: Michael Trammer, 27. September 2015



Ein Bundespolizist kontrolliert eine Person of Color im Zug von Salzburg nach Freilassing. Auf seinem Arm prangt eine Odal-Rune. Die ist zwar nicht verboten, aber ein neonazistisches Symbol. Recherchen zeigen, dass im bayerischen Grenzgebiet, tausende Personen die Einreise verweigert wurde. Betroffene berichten, ihre Bitte um Asyl sei ignoriert worden.

Foto: Anonyme Zusendung, August 2023

Wenn die maskierten Männer kommen

Pushbacks und die ausufernde Gewalt an den europäischen Grenzen

Eine Gruppe junger Männer liegt, mit auf den Rücken gefesselten Händen und verbundenen Augen, zusammengepfercht wie Tiere, auf der Ladefläche eines Transporters. Mitten unter ihnen – ohne Augenbinde und Fesseln – ein kleiner Junge, in einem Spiderman T-Shirt. Die Männer flehen um Hilfe. Die Scheiben des Autos sind mit weißer Farbe bemalt. Das alles zeigt ein Video, das von der NGO *Aegean Boat Report* Ende Juni 2023 veröffentlicht wurde. Es ist ein weiteres der unzähligen Puzzle-Stücke, die durch Medien und das Netz zirkulieren und das ganze Ausmaß der Brutalität an den europäischen Grenzen zeigt. Eine Spurensuche. Von Michael Trammer

Nur selten gelingt es Betroffenen, Journalist*innen und Menschenrechtsaktivist*innen die systematischen Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren. Gesammelt werden solche Vorgänge als Pushbacks bezeichnet. Pushback, das klingt nach einem sanften Unterfangen. Es wird „zurück“ gedrückt. Da wo etwas hingehört. Ein krasser Euphemismus, der die systematische Gewalt zum abstrakten Anglizismus verkommen lässt. Ein Begriff, der Geflüchtete von vornherein als etwas fremdes, abstoßenswertes markiert. Die Praxis ist überall eine ähnliche: Mehr oder weniger früh nach einem Grenzübertritt werden Geflüchtete aufgegriffen. Danach werden sie für einen unbestimmten Zeitraum, unter Verweigerung jeglicher Hilfe oder rechtlichen Beistands, inhaftiert. Mal für Stunden, mal für Tage. Oftmals kommt es zu Misshandlungen. Dann tauchen die Betroffenen wieder auf der anderen Seite der Grenze auf. Diese Praxis findet quer über die *Europäische Union* verteilt statt und beginnt direkt vor der Haustür.

Trügerische Idylle

Freilassing ist ein oberflächlich gesehen idyllischer Ort. Die schneebedeckten Ausläufer der Alpen erheben sich über der oberbayerischen Stadt. Die Geschichte des Ortes ist geprägt von der Eisenbahn. Durch den früheren Grenz- und späteren Knotenbahnhof erlebte die Gemeinde einen wirtschaftlichen Aufschwung. Auch heute ist Freilassing der erste Bahnhof auf deutscher Seite, nach der österreichischen Grenze. Die Fernbahnlinie Budapest-München quert hier den Grenzfluss Salzach. 2015 gingen Bilder aus Freilassing um die Welt. Zu Spitzenzeiten betreten bis zu 2000 Menschen pro Tag hier deutschen Boden, um Asyl zu beantragen. Auch mit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine wurde Freilassing wieder zu einem Ort der Migration. Wie so oft sind die Bewegungen von Geflüchteten eng mit der Eisenbahn verbunden. Wer mit dem Zug einreist, wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf Bundespolizist*innen treffen. Sie durchkämmen – natürlich völlig „verdachtsunabhängig“ – die Züge, die nach Deutschland fahren. Weil *Racial Profiling* verboten ist und es deswegen nicht existiere, wie Horst Seehofer einst behauptete, werden „rein zufällig“ immer Menschen mit den

gleichen äußeren Merkmalen angesprochen. Die Bundespolizist*innen treten martialisch auf. Einer, der im August 2023 im Zug kontrolliert, trägt eine riesige Odal-Rune als Tattoo auf dem Arm. Das belegen Bilder, die der Redaktion vorliegen. Die Odal-Rune ist das Zeichen der verbotenen *Wiking-Jugend*, die eine neonazistische Kinder- und Jugendorganisation war. Das Zeigen der Rune ist nur in Zusammenhang mit der *Wiking-Jugend* verboten, dennoch handelt es sich um ein Symbol der Neonaziszene. Zwangsweise stellt sich die Frage, welche Rolle die politische Ideologie der Grenzbeamt*innen beim Vorgehen der Bundespolizei spielt. Denn laut mehreren Betroffenenberichten, soll es in Freilassing zu illegalen Rückführungen nach Österreich kommen.

Pushback Alarm Austria, das *Border Violence Monitoring Network* (BVMN) und der *Bayerische Flüchtlingsrat* haben detaillierte Berichte von insgesamt sechs Fällen veröffentlicht. Die Schilderungen stammen von Schutzsuchenden aus Syrien, die im Rahmen polizeilicher Kontrollen in Freilassing, Passau und München aufgegriffen worden waren. An verschiedenen Grenzübergängen in Bayern wurde ihnen der Zugang zu einem Asylverfahren, sogar in Anwesenheit eines Dolmetschers, verweigert. Er habe den Kriegsdienst unter dem Assad-Regime verweigert und den lebensgefährlichen Weg bis nach Deutschland auf sich genommen, weil alle seine nahen Bezugspersonen hier leben, so der junge Familienvater Ahmad. „Ich war fassungslos, als mir die Beamten in Freilassing sagten, ich würde eine Strafe bekommen und sogar ins Gefängnis gehen, wenn ich nochmals versuchen würde, nach Deutschland

einzureisen“, erzählt er weiter. Es sind brutale Zeitzeugnisse, detailliert für die breite Öffentlichkeit nachzulesen, hinter denen individuelle Lebensgeschichten stehen. Die Betroffenen wurden

eingesperrt und wenig später an die österreichische Polizei übergeben oder einfach in Österreich ausgesetzt. „Es geht dabei nicht um Einzelfälle, sondern um eine systematische Praxis und letztlich um den Zugang zum Asylverfahren in Deutschland“, so Petra Leschanz von *Pushback Alarm Austria*. Nachdem verschiedene Medien über die Rechtsverstöße berichteten, reagierte die Bundespolizei. Sie streitet die Vorwürfe ab und behauptet bis heute, die Betroffenen hätten einfach nicht um Asyl gebeten. Es handelt sich dabei nicht um

vermeintliche Einzelfälle, sondern, wie eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Clara Bünger zeigt, um Tausende potenziell Betroffene, denen der Zugang zu einem Asylverfahren verwehrt wurde.

Hotspots der illegalen Zurückweisungen

Nicht nur in Bayern, sind illegale Zurückweisungen zusammengetragen und katalogisiert worden. Viele der Menschen, die in Freilassing Deutschland betreten, haben die sogenannte Balkanroute hinter sich und sind oft zum wiederholten Male der Gewalt-Praxis ausgesetzt. Eine Karte des BVMN zeigt, dass ein weiterer Hotspot der illegalen Zurückweisungen, ein paar 100 Kilometer weiter südöstlich an der Grenze zwischen Kroatien und Bosnien-Herzegowina liegt. Seit Jahren bleiben hier Geflüchtete in einem Zustand des Limbo hängen. Betroffene berichten, dass sie teils mehr als zehn Mal illegale Zurückweisungen erleben mussten. Während in Deutschland vor allem strukturelle Gewalt ausgeübt wird, gehen die kroatischen Grenzbeamten handfest vor. Seit mehreren Jahren gab es detaillierte Berichte über schwerste Verletzungen von Geflüchteten. Gebrochene Arme. Bildbeweise von Spuren stumpfer Gewalt. Sie medizinisch zu versorgen ist NGO's verboten und so kann ihnen nur von einigen wenigen, heimlich, in den Industrieruinen von Bihac geholfen werden.

Im Oktober 2021 erbrachte ein Team von Journalist*innen rund um die Organisation *Lighthouse Reports* den Videobeweis für die grauenhaften Vorwürfe. In der Tagesschau war zu sehen, wie Geflüchtete zusam-

mengetrieben und in Transporter verladen werden. Dann werden sie gezwungen, durch einen kleinen Bach zu sprinten. Maskierte Männer

verprügeln sie dabei. Sie zielen eindeutig auf die Extremitäten. So, dass weitere Versuche tagelang durch die Berge zu wandern, verhindert werden. Durch Bilder der Jacken konnten die Journalist*innen von *Lighthouse Reports* beweisen, dass es sich um die Ausrüstung kroatischer Spezialkräfte handelte. Wieder hieß es, nachdem die Journalist*innen Verantwortliche konfrontiert hatten, dass es Ermittlungen geben werde. Geändert hat sich dadurch leider nicht viel. Auf der interaktiven Karte der Pushbacks des BVMN finden

PUSHBACK **2021: Unwort des Jahres,** **2023: Standard in der EU**

sich aktuelle Fälle. Ein Bericht aus dem April beschreibt etwa, wie Polizisten eine 20-jährige in einem Wald nahe der Grenze aufgriffen, sie belästigten und schließlich verprügelten. Auch das haben die Fälle quer über die EU verteilt gemeinsam: Bereits marginalisierte Gruppen sind noch größerer Gewalt ausgeliefert.

Auf Lesbos ist es dem Menschenrechtsaktivisten Fayad Mulla im Mai diesen Jahres endlich gelungen, zu zeigen, dass die „maskierten Männer“ nicht einmal vor Kindern halt machen. Lange war über die paramilitärisch anmutende Gruppe auf Lesbos berichtet worden. Auch hier erzählten Betroffene in unzähligen Fällen, sie seien nach ihrer Ankunft auf der Insel zusammengetrieben worden. Wiederholt berichteten Betroffene von Misshandlungen. Die Aufnahmen von Mulla zeigen, wie ein Kind von Beamten auf ein Schiff der Küstenwache gehoben wird. Später treibt die Gruppe auf einer Rettungsinsel auf dem offenen Meer. Die Gruppe wurde von der türkischen Küstenwache wieder aufgegriffen. Davon gibt es unzählige Videos auf deren Social Media Kanälen. Fotos belegen in vielen Fällen, dass die Menschen zweifelsfrei zuvor in Griechenland angekommen waren. Die griechische Regierung streitet bis heute ab, von dem Vorgehen gewusst zu haben. Anwält*innen verschiedener NGOs versuchen bereits seit mehreren Jahren, diese Fälle vor den *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* zu bringen. Jüngst urteilte der, dass *Frontex* die Mitgliedstaaten zwar technisch und operativ unterstützt, aber nicht für Schadensersatz haftbar sei. Die Länder seien selbst verantwortlich, um Zugang zu einem Asylverfahren zu gewähren.

Alles leugnen

Ein jüngster Pushback auf hoher See hat besondere Schlagzeilen gemacht. Weit abseits jeder Küste ist es besonders schwierig, die illegalen Praktiken zu beweisen. Vor Pylos geriet ein völlig überladenes Boot mit Geflüchteten in Seenot. Wie Recherchen zeigen, kenterte das Schiff beim Versuch der Küstenwache, dieses in türkisches Hoheitsgewässer zu schleppen. Nur 104 Menschen der etwa 750 Passagiere wurden gerettet. Mehr als 600 starben. Es folgte öffentliche Empörung. *Frontex* kündigte an, seine Mission in Griechenland zu pausieren, bis die Vorwürfe gegen die Küstenwache ausgeräumt seien. Wie Journalist*innen bewiesen, versuchten griechische Behörden Einfluss auf die Überlebenden und deren Zeug*innenaussagen zu nehmen. Tatsächlich kommen seit dem Kentern des Schiffes vor Pylos und der Veröffentlichung von Mullahs Material durch die *New York*

Times, wieder deutlich mehr Menschen auf den ägäischen Inseln an. Und seitdem gab es keinen Bericht mehr über die maskierten Männer. Die Praxis scheint, unter dem Druck der Öffentlichkeit, hier auf den Inseln, für den Moment nicht mehr stattzufinden. Bis heute wird das Vorgehen im Allgemeinen von der griechischen Regierung gelehrt.

Zeitgleich schreitet der Rechtsruck in Deutschland immer weiter voran. Die CDU setzt auf politische Forderungen nach mehr Grenzkontrollen. Die rechtsextreme AfD feiert Umfragehochs und will, sollte sie genug Macht erhalten, mit „wohltemperierter Grausamkeit“ vorgehen. Pushbacks sollen schlicht und einfach legalisiert werden. Der Forderung schließt sich – durch die Blume – auch der Vize-Vorsitzende der *Deutschen Bundespolizeigewerkschaft* (DPoIG) Manuel Ostermann an. Als Jens Spahn bei *hart aber fair* fordert, Boote die auf dem Mittelmeer aus Seenot gerettet wurden, sollten einfach zurück an die nordafrikanische Küste gebracht werden, schreibt Ostermann auf dem sozialen Medium X (vormals *Twitter*): „So kann es und so wird es strukturiert klappen.“ Bravo, diese Einsicht ist wichtig. Ostermann wünscht sich auch, bereits vor einem Asylverfahren im medialen Framing von Migranten zu sprechen. Sein Bild von Geflüchteten, dürfte dem der bayerischen Polizeibeamt*innen sehr nah sein. Vor wenigen Wochen veröffentlichte die Bundespolizei Rosenheim auf X ein entmenslichendes Bild von mehreren Personen, die bei einer Grenzkontrolle aufgegriffen worden waren. Zwar sind die Personen gepixelt, aber zur Zeit der Aufnahme noch wehrlos in den Kofferraum und auf die Rückbank gequetscht. Die Behörde schrieb von „Migranten aus Syrien“.

Vor zwei Jahren wurde Pushback noch zum Unwort des Jahres gewählt. Die Berichte zahlloser Betroffener zeigen: Pushbacks sind im Jahr 2023 zum Standard in der EU geworden. Die über Jahre dokumentierten Fälle zeigen, dass die Beobachtungsmissionen von verschiedenen NGOs und Recherchen zu struktureller Gewalt an Europas Grenzen unglaublich wichtig sind – aber in den seltensten Fällen zu einem Ende des Vorgehens führen. Mehr oder weniger aufwändig reagieren verschiedene europäische Staaten auf anhaltende Migrationsbewegungen über ihre Territorien. Mal militärisch organisiert, mal durch Bürgerwehr durchgeführt oder schlicht als „Standardverfahren“ etabliert, das System ist das Gleiche. Geflüchteten wird systematisch der Zugang zu einem Asylverfahren verweigert. *Frontex* sieht dabei zu oder unterstützt die lokalen Behörden sogar bei diesem Vorgehen. ✖



Michael Trammer
Freier Journalist aus
Hannover. Arbeitet
am liebsten multi-
medial und investi-
gativ. Schreibt &
recherchiert meist zu
sozialen Bewegun-
gen, sozialer Un-
gleichheit, Migration
und gruppenbe-
zogener Menschen-
feindlichkeit. Mit-
glied des Journalist*
innenkollektivs
Freelance Under-
ground